



ZUKUNFT
DER
DEMOKRATIE
DEMOKRATIE
DER
ZUKUNFT

Ursula Birsl, Cornelius Schley, Petra Wilke
(Hrsg.)

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Landesbüro Niedersachsen

Hans-Jürgen Urban

Statement: Neue öko-soziale Wirtschaftsdemokratie?

Überlegungen zu einem gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprojekt⁷

Es herrscht Aufatmen: Die Konjunktur zieht an und die eingangs der Krise befürchteten Massenentlassungen sind ausgeblieben. Doch es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt ungewiss und viele Risiken bestehen nach wie vor. Gerade Gewerkschaften können sich nicht beruhigt zurücklehnen. Im Gegenteil, sie stehen vor großen Herausforderungen. Wollen die Gewerkschaften nachhaltig gestärkt aus der großen Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus hervorgehen und ihre Zukunft als durchsetzungsfähige Interessenorganisationen sichern, stehen überlebenswichtige Strategieentscheidungen an. Beginnen müsste die notwendige Strategiedebatte mit einer realistischen Analyse der eigenen machtpolitischen Lage und den Folgen der staatlichen Krisenpolitik. Eine solche Analyse befördert wenig Beruhigendes zu Tage: Zweifellos haben Gewerkschaften eine bedeutende Rolle bei der Krisenbewältigung und Beschäftigungssicherung gespielt. Sie wurden in Konsultationsrunden mit Regierung und Wirtschaftsverbänden eingebunden und viele der angewandten Kriseninstrumente gehen wesentlich auf Ideen und das Engagement der Gewerkschaften zurück. Dieser Krisen-Korporatismus (vgl. Urban 2010a) eröffnete gewerkschaftliche Einflussmöglichkeiten. Insbesondere muss die Verhinderung von Massenentlas-

7 Bei dem Text handelt es sich um eine gekürzte und bearbeitete Fassung des Beitrags: Hans-Jürgen Urban (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie als Weg und Ziel? Konturen und gewerkschaftliche Bedeutung eines gesellschaftlichen Transformationsprojekts. In: Hartmut Meine, Michael Schumann und Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hamburg: VSA-Verlag.

sungen durch die massive Ausweitung von Kurzarbeit und die Nutzung von anderen arbeitszeitpolitischen Instrumenten als interessenpolitischer Erfolg der Gewerkschaften unter denkbar schlechten Bedingungen gewertet werden. Dem standen jedoch die zunehmende Substitution sozial geschützter Vollzeitbeschäftigung durch oftmals schlechter ausgestattete Teilzeit- und befristete Beschäftigung, ein drastischer Arbeitsplatzabbau in prekären Belegschaftssegmenten (vor allem bei Leiharbeit) sowie erhebliche Zugeständnisse bei Entgelten sowie Arbeits- und Leistungsstandards gegenüber. Insgesamt konnten die Gewerkschaften in der Krise somit zwar keineswegs selbstverständliche Defensiverfolge erzielen, jedoch gelang es ihnen nicht in die Offensive zu kommen.

Am Ausgang der Krise drohen die Gewerkschaften nun im Zusammenspiel von verbleibender Arbeitslosigkeit, der Prekarisierung von Arbeit und der sozialstaatlichen Um- und Abbaupolitik des Krisenstaates in eine machtpolitische Abwärtsspirale zu geraten (vgl. Urban 2010b). Vor allem die „Rückkehr sozialer Unsicherheit“ (Robert Castel) in die Lohnabhängigenexistenz bedroht gewerkschaftliche Verhandlungs- und Organisationsmacht in ihrem innersten Kern. Auch die (Verteilungs-)Bilanz der staatlichen Krisenpolitik kann aus gewerkschaftlicher Sicht nicht befriedigen. Maßnahmen wie das Insistieren auf die Rente ab 67, der endgültige Abschied von der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung oder die Verweigerung einer verfassungsgemäßen Ausgestaltung der Hartz IV-Regelsätze sprechen eine klare Sprache. Es geht um die Verschiebung der finanziellen Tragelast in den Sozialversicherungen zu Lasten der Versicherten bei mitunter gleichzeitigen Verschlechterungen auf der Leistungsseite. Die Antwort auf die Frage, wer von den Spar- und Umbauprogrammen der Bundesregierung profitiert und wer nicht, ist eindeutig: „Kapital gewinnt – Arbeit verliert“ (Horn/Stein 2010). Für die Gewerkschaften ein wenig schmeichelhaftes Fazit, aber starke Argumente für eine kritische Prüfung der bisherigen Strategien und eine strategische Neuorientierung.

1. Warum jetzt eine Debatte über eine neue Wirtschaftsdemokratie?

Ein unverzichtbares Glied in der Kette gewerkschaftlicher Strategiefähigkeit stellt die Entwicklung und Realisierung problemgerechter Strategiepläne dar. In diesen Zusammenhang gehört auch die langsam in Gang kommende Debatte über eine neue Wirtschaftsdemokratie. Vor allem drei Aspekte sprechen dafür, Modelle der politischen Demokratisierung der Wirtschaft gerade gegenwärtig zum Gegenstand gewerkschaftlicher Strategiedebatten zu machen:

- *Ein programmatisch-strategischer Aspekt.* Dass den Gewerkschaften der Ausbruch aus der Defensive nicht gelingen will, liegt auch an einem Mangel an gewerkschaftsstrategisch ergiebigen und gesellschaftlich attraktiven Reformalternativen. Spätestens seit dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen real existierendem Sozialismus und Kapitalismus-Modellen fehlten auch den Gewerkschaften vielfach Lust und Fähigkeit, über die Leitidee der sozialen Marktwirtschaft oder eines marktwirtschaftlichen Keynesianismus hinauszudenken. Eine Debatte um eine neue Wirtschaftsdemokratie könnte hier Perspektiven eröffnen.
- *Ein machtpolitischer Aspekt.* Demokratie ist eine historisch bewährte Methode, die Bedürfnisse der Vielen gegenüber den Interessen und der Macht der Wenigen zur Geltung zu bringen. Das gilt vor allem für das Feld der Ökonomie, das sich als weitgehend stabile Bastion von Elitenprivilegien und -macht über die Krise hinweg gerettet hat. In diesem Sinne wäre die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse als essentielles Kernprojekt einer sozial verantwortlichen Krisenbewältigung und als Voraussetzung zu begreifen, Betrieb und Politik vom „stahlharten Gehäuse der Hörigkeit“ (Max Weber) der Finanzmärkte zu befreien. Denn bis in die Gegenwart wirken vor allem die Gewinn- und Privilegieninteressen der Finanzeliten – und ihre Ausstattung mit Machtressourcen gegenüber Staat und Gewerkschaften – als soziale Innovationsblockade und Hürde einer problemadäquaten Krisenbewältigung.

- *Der Aspekt des richtigen Zeitpunktes.* In der Krise waren selbst neoliberal programmierte Staaten zu Rettungsinterventionen gezwungen, die in atemberaubendem Tempo mit ordnungspolitischen Tabus brachen. Dabei waren insbesondere die Verstaatlichungen sicherlich nicht als Einstieg in eine neue Eigentumsordnung konzipiert, sondern vor allem als „Übernahme von faulen Außenständen durch den Staat“ (Altvater 2010: 212f.). Dennoch: die weitreichenden Eingriffe in die privatkapitalistische Eigentumsordnung könnten auch als Ansatzpunkte für eine andere Steuerung der Ökonomie nutzbar gemacht werden. Gegenwärtig scheint das Fenster der Gelegenheiten schon wieder fast geschlossen. Doch die alte Unangefochtenheit der kapitalistischen Eigentumsordnung und neoliberaler Marktdogmen ist dahin. Dies sollte genutzt werden, um der zukünftigen Entwicklung eine andere verteilungs- und ordnungspolitische Drehrichtung zu geben.

2. Neue öko-soziale Wirtschaftsdemokratie – Konturen eines Konzeptes

Wie aber müsste ein neues wirtschaftsdemokratisches Modell, eine *Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts* konzipiert werden? Anregungspotenziale hierfür finden sich bei den Theoretikern der ‚alten‘ Wirtschaftsdemokratie wie etwa Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali und Viktor Agartz. Zugleich muss jedoch vieles an ihren Überlegungen mit Blick auf die Bedingungen des globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus hinterfragt, korrigiert oder weiterentwickelt werden:

- Das gilt erstens für die bei den *alten Theoretikern* vorherrschende unbedingte Gewissheit, mit der das Endziel Sozialismus als unumstößlicher Fixpunkt wirtschaftsdemokratischer Reformen galt sowie für die Gewissheit, mit der die Eroberung der Kommandohöhen der wirtschaftlichen Monopole als sichere Schritte dorthin aufgefasst wurden. Diese Gewissheiten können keine Ausgangsbasis für ein wirtschaftsdemokratisches Projekt am Beginn des 21. Jahrhunderts bilden.

- Zweitens bedarf es der Erweiterung der traditionellen wirtschafts-demokratischen Kapitalismuskritik um die Kritik des „fossilistischen Kapitalismus“ (Altwater 2010). Krisenphänomene wie Probleme bei der Rohstoff- und Energieversorgung, die drohende Klimakatastrophe, der Verlust an Biodiversität und die Überforderung der natürlichen Senken durch Schadstoffe müssen letztlich als „ein krisenhafter Eklat von immanenten Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise“ (Altwater 2010) begriffen werden. Im Modell der neuen Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts muss die öko-soziale Transformation des industriell-fossilistischen Entwicklungsmodells daher einen prominenten Stellenwert einnehmen, oder sie geht an den Erfordernissen der Zeit vorbei.
- Drittens sind die traditionellen Konzepte stark vom Staat, genauer: vom Nationalstaat her gedacht. Selbstredend können die Transnationalisierung von Wirtschafts- und Politikbeziehungen und ihre einschränkenden Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten nicht ohne Folgen für ein neues Modell von Wirtschaftsdemokratie bleiben. Auch Wirtschaftsdemokratie muss heute als ein *Mehr-ebenen-Konzept* entworfen werden. Ein Konzept, in dem Reformen und Regulierungen auf der europäischen, der nationalstaatlichen, der regionalen sowie der betrieblichen Ebene ineinandergreifen.

Doch nicht nur konzeptionelle wirtschaftsdemokratische Überlegungen, auch Praxiserfahrungen mit der Steuerung und Entprivatisierung von Wirtschaft geben wichtige Hinweise für die Annäherung an eine realitätstüchtige Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts. Auch hier lassen sich vor allem drei neuralgische Punkte ausfindig machen, die sich im Zuge der politischen Realisierung schnell zu manifesten Zielkonflikten auswachsen können:

- Einen ersten neuralgischen Punkt stellt das Spannungsverhältnis zwischen *individueller Freiheit und Partizipation* an der Gestaltung der unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen und der Unverzicht-

barkeit zentraler, überindividueller Koordinierung und Regulierung dar. Was tun, wenn individuelle Bedürfnisse und Entscheidungen den Interessen und Entscheidungen widersprechen, die auf einer anderen Ebene des gesellschaftlichen Planungsprozesses geplant oder bereits getroffen wurden? Die Bewältigung dieses Spannungsverhältnisses dürfte für die demokratische Qualität neuer Wirtschaftsmodelle von hoher Bedeutung sein.

- Ein zweiter neuralgischer Punkt besteht in der unverzichtbaren Überwindung des Primats des *Betriebswohls* in den Institutionen und Praxen der betrieblichen und unternehmenspolitischen Mitbestimmung. „Gesamtwirtschaftliche Ziele, ökologische Rücksichtnahme und Ressourcenschonung, der Beitrag des Betriebs zur öffentlichen Infrastruktur, die Beteiligung an wettbewerbspolitischen und volkswirtschaftlich zweifelhaften Konzentrationsprozessen, die Preispolitik und sonstiges Marktverhalten, etwa Kampagnen zwecks Verdrängungswettbewerbs etc., stehen nicht im Focus der betrieblichen Mitbestimmung“ (Hensche 2011: 37). Denn unter den Bedingungen des globalen und aggressiver werdenden kapitalistischen Auslesewettbewerbs sind die objektiven Spielräume zur Realisierung von Maßnahmen, die im einzelnen Betrieb und dauerhaft die Rentabilität des eingesetzten Kapitals unter die erforderlichen Standards drücken, kaum auf Dauer durchzuhalten. Die Infragestellung der ökonomischen Existenzfähigkeit des Unternehmens ist nur eine Frage der Zeit. In dieser Konstellation ist die oftmals auch in den Gewerkschaften vorherrschende defizitäre ökologische Sensibilität sowie die mitunter tiefe Verwurzelung des Standortdenkens weniger dem Versagen gewerkschaftlicher oder betrieblicher VertreterInnen zuzuschreiben, als vielmehr Ausdruck der objektiven, ökonomischen Logik der Konstellation. Hier steht die Frage nach der Regulierung dieses Mechanismus auf der Tagesordnung. Es geht darum, soziale und ökologische Erfordernisse auch gegen die betriebswirtschaftliche Renditelogik mit Macht zur Geltung zu bringen – ohne die wirtschaftliche Existenz des Unternehmens zu gefährden. Ob dies gelingt, wird entscheidend für die soziale und ökologische Qualität des neuen Wirtschaftsmodells sein.

- Den dritten neuralgischen Punkt bildet die Frage, welches *Modell der volkswirtschaftlichen Koordinierung einzelwirtschaftlicher Aktivitäten* (Modell der Ressourcen-Allokation) dominieren sollte, wenn der marktwirtschaftlich-renditeorientierte Mechanismus eklatante Defizite aufweist. Diese Frage reicht ins Zentrum wirtschaftsdemokratischer Wirtschaftsmodelle. Im Kern betrifft sie das Verhältnis zwischen Markt und Planung. Hier gilt es gerade aus den Erfahrungen der gescheiterten Modelle staatsbürokratischer Planwirtschaften klug zu werden. Die Frage ist, ob und wie es gelingt, die komparativen Vorteile von Markt und politischer Planung im Sinne optimaler Effizienz und Partizipation zu kombinieren; ob und wie es gelingt, langfristige soziale und ökologische Nachhaltigkeitserfordernisse gegenüber kurzfristigen Einzelinteressen zur Geltung zu bringen.

3. Demokratischer Umbau der Wirtschaftsordnung: Erste Schritte

Jenseits des noch bestehenden Bedarfs nach notwendigen konzeptionellen Innovationen und der Bearbeitung neuralgischer Punkte lassen sich aber schon auf der Basis des jetzigen Diskussionsprozesses und der Erfahrungen der *Großen Krise* konkrete erste Umsetzungsprojekte benennen, die tragende Säulen eines wirtschaftsdemokratischen Hauses sein könnten. Hierzu gehört:

- *Die Finanzmärkte* müssen umfassend reguliert und das Euro-Finanzregime reformiert werden, um den politischen (Regierungen) und arbeitsmarktpolitischen Akteuren (Unternehmen, betriebliche Interessenvertretungen, Gewerkschaften) wirtschaftsdemokratische Handlungsoptionen zu eröffnen.
- Die normative und realpolitische Reichweite staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik muss erheblich erweitert werden, um die marktvermittelte wirtschaftliche Wertschöpfung (*Primärverteilung*) zu korrigieren und sie gemäß den volkswirtschaftlichen und sozialstaatlichen

Erfordernissen zu verteilen und die notwendigen Anreize/Auflagen für die öko-soziale Transformation industrieller Sektoren zu setzen.

- Dem privatkapitalistischen Eigentum muss *öffentliches und genossenschaftliches Eigentum* zur Seite gestellt werden, um die Überführung einer rein kapitalistischen zu einer gemischten Eigentumsordnung zu beginnen und einen umfassenden Sektor öffentlicher Güter zu fördern.
- Entgrenzung und Prekarisierung der Erwerbsarbeit müssen gestoppt und ein neues *Normalarbeitsverhältnis* muss institutionell etabliert werden, um individuelle Autonomie mit kollektivem sozialen Schutz zu verbinden.
- Durch umfassende *Mitbestimmungs- und Interventionsrechte* der öffentlichen Hand, der Gewerkschaften und der Belegschaften müssen privatkapitalistische Eigentums- und Verfügungsrechte eingeschränkt werden und die Bedarfe der Gesellschaft und der Lohnabhängigen nach sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit müssen in die unternehmerische Politik einfließen können.
- Mittels *makro- und mikroregionaler Strukturräte* gilt es, den wirtschaftlichen Lenkungs-, Planungs- und Umbauprozessen einen institutionellen Ort und entsprechende Kompetenzen zu geben.

Zweifelsohne müssen diese Umsetzungsprojekte konkretisiert und mit Strategien zur politischen Realisierung verbunden werden. Das ist keine einfache Aufgabe. Alle genannten Einzelvorhaben stellen Megaprojekte dar, die nicht nur aufgrund ihrer sachlichen Komplexität, sondern vor allem mit Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse im realen Finanzmarkt-Kapitalismus mehr als anspruchsvoll sind. Damit stellt sich schließlich die Frage nach handelnden Akteuren für ein solch anspruchsvolles Projekt.

4. Die Mosaik-Linke und die Gewerkschaften als wirtschaftsdemokratische Akteure

Wirtschaftsdemokratische Ziele sind nur durch die Kooperation unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Kompetenzen und Machtressourcen realistisch. Die Perspektive könnte in einem Kooperationsverbund kritischer Kräfte liegen, in dem sich unterschiedliche Akteure, Organisationen und Individuen zusammentun und die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen. Und dies, ohne eigene Identitäten preiszugeben. Die Anforderungen dieser Konstellation an einen politischen Akteur sollen im Begriff der „Mosaik-Linken“ (Urban 2009; 2010a) zum Ausdruck kommen. Dabei ist die Mosaik-Linke nicht mit klassisch linken Vorstellungen von Bündnispolitik eines mit hegemonialen Kapazitäten ausgestatteten Teilakteurs gleich zu setzen. Die Metapher des Mosaiks akzeptiert vielmehr, dass auch kapitalistische Gesellschaften Prozessen der sozialen Differenzierung unterliegen, aus denen eigenwillige Handlungssysteme mit eigenen Handlungszwängen und spezifischen Einzelakteuren hervorgehen. Und dass polit-ökonomische Transformationsprojekte – das öko-soziale Demokratieprojekt zumal – einen so hohen Komplexitätsgrad aufweisen, dass zu ihrer Realisierung die koordinierte Kompetenz unterschiedlicher Akteure unverzichtbar ist. In diesen Zusammenhängen kann kein Akteur eines Teilbereiches für sich reklamieren, eine allumfassende Gesamtkompetenz zu besitzen.

Somit setzen Bereitschaft und Fähigkeit zur Beteiligung an einer solchen Mosaik-Linken, umfassende interne Klärungen voraus. Das gilt auch für die Gewerkschaften. Sie haben diverse Strategieentscheidungen zu treffen. Sie müssen sich über die Perspektiven des krisenkorporatistischen Arrangements verständigen. Wie immer man die verteilungs- und beschäftigungspolitischen Spielräume in Bündnissen mit Kapital und Kabinett einschätzen mag, gemeinsame Schritte in Richtung wirtschaftsdemokratischer Transformationen dürften kaum realistisch sein. Wirtschaftsdemokratie,

die wirklich an die Grundlagen der kapitalistischen Verhältnisse rührt, ist kein korporatismuskompatibles Projekt. In Arrangements mit Arbeitgeberverbänden und (auf absehbare Zeit möglichen) Regierungskoalitionen werden hier kaum Fortschritte zu realisieren sein. Somit stehen und fallen Erfolgsaussichten der Wirtschaftsdemokratie mit Strategien jenseits des Krisenkorporatismus und mit der Fähigkeit zu autonomer gewerkschaftlicher Interessenpolitik.

Eine Erkenntnis, die die Sache nicht einfacher macht. Zudem dürfte es für Gewerkschaften und Parteien in naher Zukunft nicht einfach sein, mit mitbestimmungspolitischen oder gar wirtschaftsdemokratischen Themen bei Mitgliedern oder Wählern zu reüssieren. Mit dem verteilungspolitischen Roll-back vor, während und nach der Krise hat sich ein enormer verteilungspolitischer Korrekturbedarf aufgestaut, der Fragen der Verteilung der zukünftigen Wertschöpfung in den Vordergrund und Fragen der Demokratie in den Hintergrund drängen wird. Entscheidend wird sein, ob sich die gewerkschaftliche Mitgliederbasis, Belegschaften und gewerkschaftliche Aktivisten das Thema aneignen und welche Relevanz sie dem Projekt einer neuen öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie beimessen; ob es angesichts der realen Kräfteverhältnisse in Betrieb und Gesellschaft als Luxus- oder Utopiethema zurückgewiesen und in die ferne Zukunft verschoben wird; oder ob es als Voraussetzung der Möglichkeit begriffen wird, der demokratieunverträglichen Anmaßung der Finanzeliten Einhalt zu gebieten und die Perspektive auf eine solidarischere Ökonomie und Gesellschaft offen zu halten. Es ist höchste Zeit, die Debatte zu beginnen.

Literaturverzeichnis

- Altwater, Elmar (2010): Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hensche, Detlef (2011): Markt und Mitbestimmung. In: Sozialismus, Heft 1, S. 35-46.
- Horn, Gustav A./Stein, Ulrike (2010): Kapital gewinnt – Arbeit verliert. In: Wirtschaftsdienst, Heft 7, S. 439-443.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.): Das Ende des Kasino-Kapitalismus? Globalisierung und Krise. Berlin: Edition Blätter, S. 231-238.
- Urban, Hans-Jürgen (2010a): Lob der Kapitalismuskritik. Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik-Linke braucht. In: Luxemburg, Heft 1, S. 18-29.
- Urban, Hans-Jürgen (2010b): Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsmacht im Finanzmarkt-Kapitalismus: Der deutsche Fall. In: WSI Mitteilungen, Heft 9, S. 443-450.